

# Bern



**Olympiadorf Kandersteg**  
Dölf Ogi ist vom Olympiefieber gepackt - wie viele andere. 20/21

## Parteien ächzen unter Referenden

Derzeit sammeln Parteien Unterschriften gegen fünf verschiedene Gesetzesvorlagen. Doch es läuft harzig. Die Hürde von 10 000 Unterschriften kritisieren sie als zu hoch.

Fabian Christl und Sophie Reinhardt

Schwer beladen stehen sie vor dem Zytglogge: eine Handvoll Grossrätinnen und Grossräte der Grünen, die die halbstündige Sessionspause nutzen, um ein paar Unterschriften zu sammeln. Einige haben nicht weniger als drei verschiedene Unterschriftenbögen dabei: Sie sammeln gleichzeitig für den Volksvorschlag zur Sozialhilfe und für die Referenden gegen die Steuerrechtsreform und die Polizeigesetzrevision.

Doch die Linken sind derzeit nicht die Einzigen, die in regelmässigen Abständen auf Berns Strassen anzutreffen sind. So sammelt die SVP für das Referendum gegen den Asylsozialhilfekredit. Und der Hauseigentümergebund versucht zusammen mit den Wirtschaftsverbänden, das revidierte Energiegesetz zu verhindern.

Allen Referenden gemeinsam ist, dass es sich bei der Unterschriftensammlung nicht um Selbstläufer handelt. Offiziell machen alle gute Miene (Text unten), hinter vorgehaltener Hand tönt es aber anders. Gerade die Sammlung für den Volksvorschlag zum Sozialhilfegesetz laufe harzig, heisst es. So sei es nach dem aufwendigen Wahlkampf mühsam, genug Sammlerinnen und Sammler aufzutreiben. Zudem gestalte sich auch das Sammeln an sich als anspruchsvoll. «Es ist schon schwieriger, den Leuten den komplexen Volksvorschlag zu erläutern als etwa das Referendum gegen die Steuersenkungen für Grosskonzerne», sagt etwa Jessica Fuchs, die Geschäftsführerin der Grünen Kanton Bern.

### Polparteien agieren gemeinsam

Dem Scheitern nahe ist das Referendum gegen das Polizeigesetz. Das Referendum wird zwar von den grossen linken Parteien «ideell» unterstützt, doch nur das Grüne Bündnis hat sich verpflichtet, eine vorgegebene Anzahl Unterschriften zu sammeln. Der Rest bleibt an Kleinparteien wie der Alternativen Linke und kleineren Verbänden hängen. Derzeit stehe man bei rund 4500 Unterschriften, sagt Grossrätin Christa Ammann (AL) vom Referendatskomitee. Erforderlich sind 10 000 beglaubigte Unterschriften. Da es aber stets ungünstige und doppelte Unterschriften hat, streben die Parteien jeweils 12 000 Unterschriften an, um auf der sicheren Seite zu sein. Die Sammelfrist endet am 18. Juli. Es könnte also knapp werden - und zwar nicht nur für das Referendum gegen das Polizeigesetz.



Einige Berner Parteien würden gerne weniger Unterschriften für Volksbegehren sammeln müssen. Foto: Adrian Moser

Damit es künftige Referenden einfacher haben, erarbeitet Ammann einen Vorstoss. Der Entwurf sieht eine Reduktion der für ein Referendum nötigen Unterschriften um die Hälfte vor. Die genaue Zahl sei aber noch Gegenstand von Verhandlungen mit Unterstützern aus anderen Parteien. Bereits «im Boot» seien mehrere Grossrätinnen und Grossräte der Grünen und der SP. Wahrscheinlich wird aber auch eine Mehrheit der SVP-Fraktion den Vorstoss unterstützen. Vor vier Jahren reichte die SVP selber einen entsprechenden Vorstoss ein. Dieser wurde allerdings auch von den Linken grossmehreheitlich verworfen. Der Regierungsrat argumentierte damals, wegen des Bevölkerungswachstums liessen sich die nötigen Unterschriften leichter zusammenbringen.

Für Ammann ist eine Reduktion hingegen nötig, weil derzeit nur grosse und finanzkräftige Parteien und Verbände die Möglichkeit hätten, genügend Unterschriften zu sammeln. Sie weist insbesondere auf den Bund und andere Kan-

tone, wo im Verhältnis zur Zahl der Stimmberechtigten viel weniger Unterschriften nötig sind.

Tatsächlich braucht es etwa im Kanton Zürich bei rund 925 000 Stimmberechtigten lediglich 3000 Unterschriften für ein Referendum, für eine Initiative 6000. Im Kanton Bern werden für eine Volksinitiative 15 000 Unterschriften benötigt - bei 737 000 Stimmberechtigten. Wie der bernische Regierungsrat in seiner Antwort auf die SVP-Motion von 2013 schrieb, gibt es aber vor allem in den französischsprachigen Kantonen höhere Hürden: So sind etwa im Kanton Waadt 12 000 Unterschriften für ein Referendum nötig - bei 395 000 Stimmberechtigten (Text unten links). Weiter verweist der Regierungsrat auf die sozialen Medien, welche die Mobilisierung für Initiativen vereinfachten.

### Andere Richtung auf Bundesebene

Der Kanton Bern wäre mit einer Senkung des nötigen Quorums kein Sonderfall. In den letzten Jahren haben meh-

re Kantonen wie etwa Basel-Stadt, Graubünden und Neuenburg die vorgeschriebene Anzahl Unterschriften nach unten korrigiert. Trotzdem stehe Ammanns Forderung etwas «quer in der Landschaft», sagt Politikwissenschaftler Marc Bühlmann (Interview rechts). Er hat dabei vor allem die nationale Ebene im Blick, wo seit ein paar Jahren eine Initiativflut beobachtet wird.

Die BDP forderte deshalb bereits im Jahr 2016 via parlamentarische Initiative eine deutliche Erhöhung der Zahl der Unterschriften für nationale Initiativen und Referenden. Sie wollte erreichen, dass für Referenden nicht mehr 50 000, sondern zwischen 7 000 und 125 000 notwendig wären. Für eine Initiative sollten statt der aktuell nötigen 100 000 Unterschriften sogar zwischen 150 000 und 250 000 gesammelt werden müssen. BDP-Präsident Martin Landolt argumentierte damals, dass zu viele Vorlagen vors Volk kämen. Letzten Sommer bodigte der Nationalrat das Vorhaben der BDP.

### Zur Sache

#### «Mehr Möglichkeit zur Beteiligung»

**Im Kanton Bern wird die Forderung gestellt, die Anzahl Unterschriften für das Erreichen einer Initiative zu halbieren. Was halten Sie von diesem Vorschlag?**

Die Forderung steht etwas quer in der Landschaft, denn seit dem Jahr 2012 spricht man vor allem auf der nationalen Ebene von einer Initiativflut, also

Marc Bühlmann

Direktor von  
Année Politique Suisse am  
Institut für Politikwissenschaft  
der Universität Bern



eher davon, die Anzahl Unterschriften zu erhöhen. Aber ein ähnlicher Vorstoss kam im Kanton Bern schon vor ein paar Jahren von der SVP. Die Diskussion ist also nicht neu.

### Müssten wir bei Annahme der Motion mit einer Initiativflut rechnen?

Das ist schwer zu sagen. Ein Vergleich aller Kantone zwischen 1990 und 2015 zeigt, dass ein hohes Quorum im Trend zu weniger abgestimmten Volksinitiativen führt. Andererseits kann man auch sehen, dass in bevölkerungsreichen Kantonen eher mehr Initiativen zur Abstimmung gelangen: Je ausdifferenzierter die Gesellschaft ist, desto verschiedener sind die Anliegen und Probleme der Bevölkerung, was sich auch in Volksbegehren äussert.

### Dann müsste es im grossen Kanton Bern doch viele Volksinitiativen geben - tut es aber nicht, im Vergleich mit dem kleinen Basel.

Ja, das ist so. Bern ist hier eine Ausnahme, welche die Regel bestätigt. Zürich und Basel-Stadt sind als Vergleich auch deshalb interessant, weil in beiden Kantonen nicht nur die Unterschriftenhürden und das Quorum vergleichsweise tief sind. Dort ist auch die Zeit, die für die Sammlung der Unterschriften eingeräumt wird, relativ lang - wiederum im Gegensatz zum Kanton Bern.

### Nähme das Volk mehr Initiativen an, wenn mehr eingereicht würden?

Auf nationaler Ebene finden sich für diese These keine Hinweise. Da bleibt die prozentuale Annahme von Volksinitiativen ähnlich hoch, auch in Zeiten, in denen mehr Volksinitiativen zur Abstimmung gelangen.

### Wer profitiert von tieferen Hürden?

Unterschriften zu sammeln, ist teuer und braucht Zeit oder Geld oder beides. Je weniger man sammeln muss, desto eher ermöglicht man kleineren Parteien und Verbänden und sogar Einzelpersonen, ein Anliegen auf das politische Parkett zu bringen. Daher kann man schon sagen, dass eine Halbierung der Unterschriftenzahl Möglichkeiten für mehr Beteiligung und Partizipation schaffen könnte.

### Auf der Bundesebene ist eher vom Gegenteil die Rede, von der Erhöhung der Unterschriftenzahl. Warum divergiert hier die Haltung?

Das ist seit jeher ein Thema auf Bundesebene. Schon in den 1930er-Jahren befürchtete der Bundesrat, dass die Stimmbürgerschaft bei zu vielen Initiativen überfordert sei. Parteien hüten sich aber eher davon, die direkte Demokratie zu beschneiden. (sie)

### Kantone Hürde sinkt

Der Aufwand, um in den Kantonen eine Gesetzesinitiative einzureichen, ist heute um ein Drittel kleiner als Ende der 1970er-Jahre. Das sagt die Analyse des Politikwissenschaftlers Uwe Serdült. So hat etwa der Kanton Zürich die Hürden für die Einreichung von Initiativen gesenkt - auch andere Kantone taten dies. In Zürich reicht es heute, wenn 0,3 Prozent der Stimmberechtigten ein Anliegen unterzeichnen - im Kanton Bern dagegen liegt das Quorum für Volksinitiativen bei 2,03 Prozent, für Referenden bei 1,36 Prozent. Damit liegt Bern eher im Mittelfeld: Um im Kanton Neuenburg ein Referendum zustande zu bringen, müssen 4,08 Prozent unterschreiben. Einen anderen Weg geht man in Genf. Dort braucht es nicht mehr eine festgeschriebene Zahl von Unterschriften, sondern 3 Prozent (bei Gesetzesänderungen) oder 4 Prozent (bei Verfassungsänderungen) der Stimmbürger. Die Neuerung in Zürich blieb nicht ohne Folgen, wie der «Tages-Anzeiger» berichtete: Seit 2006 kommen dort pro Jahr durchschnittlich 6,5 kantonale Initiativen zustande; zuvor waren es 4,3. Im Vergleich wurden in Bern in der Vergangenheit überhaupt wenig kantonale Volksinitiativen eingereicht. Zwischen 1990 und 2015 waren es nur 23 Vorlagen, in Zürich 78, in Basel 49 und in Genf 46. (sie)

### Übersicht

## Dagegen werden im Kanton Unterschriften gesammelt

- Das **revidierte Sozialhilfegesetz** sieht vor, dass der Grundbedarf der Bezüger um 8 Prozent gesenkt wird. Bei 18- bis 25-Jährigen sind sogar 15 Prozent möglich. Linke Parteien und Verbände wollen der Vorlage von Regierungsrat Pierre Alain Schnegg (SVP) einen Volksvorschlag entgegenseetzen. Dieser verlangt statt der Kürzungen gezielte Weiterbildungsmaßnahmen für Sozialhilfebezüglerinnen und -bezügler. Zudem sollen Arbeitslose über 55 Jahre keine Sozialhilfe mehr erhalten, sondern von (höheren) Ergänzungsleistungen gemäss AHV/IV profitieren. Laut David Stampfli, Grossrat und Parteisekretär der bernischen SP, sei man «einigermassen» im Zeitplan und habe etwa die Hälfte der nötigen Unterschriften gesammelt.
- Mit der **Revision des kantonalen Energiegesetzes** soll zu einem wesentlichen Teil die neue Energiepolitik des Bundes umgesetzt werden. Einzelne Punkte darin sind aber umstritten. Der Hauseigentümergebund und die bernischen Wirtschaftsverbände haben das Referendum ergriffen. Sie stören sich etwa daran, dass mit dem Energiegesetz

neue Ölheizungen «faktisch verunmöglich» werden, wie es auf der Website des Referendatskomitees heisst. Laut Peter Brand, Alt-SVP-Grossrat und Präsident des Hauseigentümergebunds, läuft die Unterschriftensammlung gut. Wie viele Unterschriften bereits gesammelt worden sind, will er allerdings nicht sagen.

- Die **Steuergesetzrevision 2019** sieht eine Senkung der Einkommensteuern von heute 21,64 Prozent auf 18,71 Prozent vor. Weil kleine Unternehmen kaum Gewinnsteuern bezahlen, profitieren vor allem Grossunternehmen von der Steuersenkung. Dagegen haben SP, Grüne, Gewerkschaften und weitere Verbände und Parteien das Referendum ergriffen. Sie rechnen mit Steuerausfällen für Kanton und Gemeinden von insgesamt 160 Millionen Franken und verweisen auf bereits erfolgte und geplante Sparmassnahmen bei Gesundheit und Bildung. Wie die Grünen Kanton Bern auf Anfrage mitteilen, stehe man derzeit bei 5600 Unterschriften.
- Nach dem Nein zum **Asylsozialhilfekredit** beschloss der Grosse Rat, für die Betreuung von unbegleiteten minder-

jährigen Asylsuchenden weniger Geld als bisher zur Verfügung zu stellen. Die Brutto-Tagespauschale soll von 171 Franken pro Person auf 140 Franken gesenkt werden. Die SVP fordert weitergehende Kürzungen - und hat das Referendum ergriffen. Um die vom Wahlkampf belasteten Parteimitglieder zu schonen, fokussiert man vor allem auf einen Versand von rückfrankierten Unterschriftenbögen. Man habe mehr oder weniger die Hälfte des Quorums erreicht, sagt SVP-Grossrat Thomas Knutti.

- Das **revidierte Polizeigesetz** schafft eine neue Grundlage für die Zusammenarbeit zwischen Gemeinden und Kanton. Umstritten sind hauptsächlich die vom Parlament hinzugefügte Lex Fahrrende sowie die Möglichkeit, die Kosten von Polizeieinsätzen auf die Verursacher abzuwälzen. Das Referendum ergriffen haben Linksaussen-Parteien wie die Alternativen Linke (AL) und die PdA sowie Verbände wie die Demokratischen Juristen Bern. SP und Grüne unterstützen das Anliegen ideell. Aktuell stehe man bei 4500 Unterschriften, heisst es beim Komitee auf Anfrage. (chl/sda)